

EU einigt sich auf Hilfspaket von halber Billion Euro in Corona-Krise



Die EU-Finanzminister haben sich nach langem Ringen auf ein Hilfspaket zur Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Vorgehen gegen die unmittelbaren Folgen der Corona-Krise geeinigt. Es hat ein Volumen von einer halben Billion Euro. [EPA-EFE/PATRICIA DE MELO MOREIRA]

Die EU-Finanzminister haben sich auf Hilfen in der Corona-Krise von einer halben Billion Euro geeinigt. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) sprach von einem „großen Tag europäischer Solidarität“. Die Einigung zeige, dass die EU-Staaten gemeinsam handelten und „die Europäische Union funktioniert“.



BMF   **@BMF_Bund** 

Livestatement von Bundesfinanzminister [@OlafScholz](#) nach der Sitzung der [#Eurogroup](#) [psc.p.tv/w/cV4oeDI2MTA3...](#)



BMF @BMF_Bund
Livestatement von Bundesfinanzminister [@OlafScholz](#) nach der Sitzung der [#Eurogroup](#)
[psc.p.tv](#)

♡ 71 22:15 - 9. Apr. 2020 

💬 49 Nutzer sprechen darüber 

Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire sprach seinerseits von einer „ausgezeichneten Vereinbarung“ beim Vorgehen gegen die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der Pandemie.



Bruno Le Maire ✓
@BrunoLeMaire



Excellent accord entre ministres des Finances européens sur la réponse économique au #Coronavirus : 500 milliards d'euros disponibles immédiatement. Un fonds de relance à venir. L'Europe décide et se montre à la hauteur de la gravité de la crise.

♥ 5.475 22:08 - 9. Apr. 2020



💬 3.074 Nutzer sprechen darüber



Insgesamt umfasst das Krisenpaket drei Teile: Neben Kreditzusagen des Euro-Rettungsfonds ESM von bis zu 240 Milliarden Euro gehören dazu Darlehen der Europäischen Investitionsbank für Firmen von bis zu 200 Milliarden Euro sowie weitere 100 Milliarden Euro zur Förderung von Kurzarbeit, um Entlassungen in der Krise zu verhindern.

Die Finanzminister hatten sich in der ersten Wochenhälfte zunächst nicht auf ein geplantes Corona-Hilfsprogramm von einer halben Billion Euro einigen können, um gegen die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der Krise vorzugehen. Grund war die Forderung der Niederlande, Hilfskredite des Euro-Rettungsfonds ESM mit strengen Bedingungen zu verknüpfen. Dies hatte Italien strikt abgelehnt.

Deutschland, Frankreich und Spanien hatten am Donnerstag darauf mit Italien und den Niederlanden einen Kompromisstext ausgearbeitet. Er sieht nach AFP-Informationen vor, dass sich bei ESM-Hilfen der betreffende Mitgliedstaat verpflichten muss, die Gelder nur mit Blick auf die Epidemie für direkte und indirekte Kosten des Gesundheitswesens, Heilung oder Vorbeugung einzusetzen. Das Dokument wurde dann von allen EU-Staaten angenommen.

Efficacité et Transparence des Acteurs Européens © 1999-2018. EURACTIV MEDIA NETWORK BV.
| Nutzungsbedingungen | Kontaktieren Sie uns